

Die Beschwichtigungspolitik am Pranger

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Beschwichtigungspolitik am Pranger

Ein Vierteljahrhundert ist seit den düsteren Tagen vergangen, da die damaligen konservativen Herrscher Englands der Erhaltung des Friedens zu dienen vermeinten, indem sie Hitler und Mussolini eine Konzession nach der anderen machten. Ein Vierteljahrhundert ist seither vergangen, innerhalb dessen sich das Antlitz Europas völlig wandelte. Trotzdem wird in England auch heute noch um die Wertung der mit dem Schlagwort «Appeasement» gekennzeichneten Politik des schrittweisen Zurückweichens vor den Diktatoren oft mit einer Erbitterung gerungen, als würde es sich um Gegenwartsfragen handeln. Das ist nicht so sehr darauf zurückzuführen, daß manche Träger der Appeasementpolitik von damals heute immer noch an exponierter Stelle tätig sind, als auf den Umstand, daß die Ergebnisse der damaligen Beschwichtigungspolitik heute noch so deutlich fühlbar sind. Es geht hier auch nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links, denn wiewohl Appeasement – von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen – bloß von der politischen Rechten betrieben wurde, gehörten doch auch wieder wichtige ihrer Repräsentanten – *Churchill, Eden* und *Macmillan* – zu ihren Gegner und Kritikern. (Die Anwälte des Appeasement der sechziger Jahre, das heißt die Menschen, die Illusionen über die Möglichkeiten verbreiten, mit der Sowjetunion leicht zu einer Einigung über die weltpolitischen Probleme zu gelangen, zählen sich wieder zur politischen Linken; doch ist auch diese Regel nicht ohne Ausnahmen.)

Edens bittere Erinnerungen

Die niemals ganz zur Ruhe kommende Diskussion um die Appeasementpolitik ist durch den zweiten Band der Memoiren Anthony *Edens*¹ neu angefacht worden. In Umkehrung der Reihenfolge hat der anfangs 1957 über der Suezaffäre gestürzte ehemalige Premier zuerst seine Erinnerungen an die Jahre 1945 bis 1957 der Öffentlichkeit übergeben. In dem zweiten Band behandelt er – inzwischen in den Adelsstand erhoben und unter dem wenigen Leuten vertrauten Namen eines *Lord Avon* auftretend – die Zeit von seinen politischen Anfängen bis zu seiner Demission als Außenminister anfangs 1938 – sein freiwilliges Ausscheiden aus einer den Diktatoren hofierenden Regierung war zweifellos seine größte Tat, besonders wenn man

¹ *The Eden Memoirs, Facing the Dictators* (Aug' in Aug' mit den Diktatoren), London 1962, Verlag Cassell.

bedenkt, daß er damals erst 40 Jahre alt war und mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß seine politische Laufbahn damit beendet ist. Die Kapitel des Buches, die sich mit der Entwicklung seit 1933 beschäftigen, sind daher nicht nur für den Berufshistoriker von größtem Interesse, wiewohl Eden eigentlich nicht viel Neues sagt; man findet das meiste bereits in Churchills erstem Memoirenband². Aber worauf es ankommt, ist, daß hier ein Mann spricht, der damals mitten drin stand (Churchill hatte kein Regierungsamt).

1931 war der gerade erst 34jährige Anthony Eden zuerst in die Regierung berufen worden und gehörte ihr unter den verschiedensten Titeln dauernd als Gehilfe des jeweiligen Außenministers an. Nach Mussolinis Überfall auf Abessinien, einem durch nichts entschuldbaren Raubzug, gab sich die konservative Regierung *Baldwin* eine selbst für ihre Verhältnisse unverzeihliche Blöße, die zum Sturz des Außenministers *Hoare* führte. Dieser hatte auf der Durchreise zu einem Urlaub in der Schweiz in Paris Station gemacht und mit seinem französischen Kollegen *Laval* einen Pakt geschlossen, der nichts anderes im Gefolge haben konnte als die Auslieferung des angegriffenen Abessinien an den Angreifer Mussolini. Hoare hatte sich diese Extratour ohne Vorwissen seiner Regierung geleistet. Nichtsdestoweniger glaubte diese aus falsch verstandenen Kameraderie, ihren Außenminister decken zu müssen, und machte sich den Hoare-Laval-Plan zu eigen. Es gab deswegen einen großen Skandal in der Öffentlichkeit, die sich den Widerruf der Zustimmung erzwang. Hoare wurde für einige Zeit in die Wüste geschickt.

Da man keinen anderen unbelasteten Kandidaten hatte, wurde Anthony Eden Anfang 1936 Außenminister. Man hatte aber schon vorher seinen Warnungen, den Diktatoren nicht alles nachzugeben, kaum Beachtung geschenkt, und die Politik der kleinen Geschenke an Hitler und Mussolini wurde auch nicht abgestellt, nachdem Eden dem Namen nach die Verantwortung für die britische Außenpolitik trug. Er selbst scheint nach den von ihm jetzt veröffentlichten internen Aufzeichnungen das möglichste getan zu haben, um zu warnen. Für den Großteil seiner Amtstätigkeit entfällt auch die ständige Ausrede der englischen Defaitisten, die immer darauf verwiesen, daß die derzeitige französische Regierung nur für Leisetreterei zu haben sei, während deren Repräsentanten sich wieder auf die gleiche Haltung oder Haltungslosigkeit der britischen Regierung beriefen. Im Mai 1936 war in Paris die erste Regierung *Léon Blums* ans Ruder gekommen, in dem Eden einen Verbündeten gegen die Politik des ewigen Nachgebens fand und für den er in seinen Memoiren lobende Worte übrig hat. Aber alle

² Siehe dazu *Rote Revue*, 1949, Heft 2, sowie 1961, Heft 2.

Versuche Edens, Hitler und Mussolini energisch entgegenzutreten, scheiterten an der Sabotage durch die eigene Regierung, an deren Spitze seit 1937 Neville *Chamberlain* stand, der seine eigene Außenpolitik hinter dem Rücken des Außenministers betrieb. Das ging so weit, daß Chamberlain mit Mussolinis Botschafter in London, Grandi, gegen Eden intrigierte und ersterem nahelegte, Einladungen Edens zu Gesprächen auszuweichen! Ein besonders beschämendes Kapitel wird von Eden jetzt zum erstenmal voll dargestellt: In Chamberlains Auftrag hielt ein (inzwischen verstorbener) Beamter des Parteisekretariates der Konservativen noch eine Geheimverbindung zu Mussolinis Botschafter mit der unverhüllten Absicht, die Konzeption des konservativen Außenministers zu durchkreuzen.

So konnte es geschehen, daß ungeachtet der Proteste Edens die über Italien wegen des Überfalles auf Abessinien vom Völkerbund verhängten Sanktionen von England zuerst unwirksam gemacht und dann ganz abgewürgt wurden. So blieb Hitlers Einmarsch ins Rheinland 1936 ohne den Gegenschritt der Westmächte, der aller Wahrscheinlichkeit nach der Menschheit den Zweiten Weltkrieg erspart hätte. So konnten vor allem im spanischen Bürgerkrieg Hitler und Mussolini die leichtgläubigen Demokratien glatt an die Wand spielen.

«Jahreskarte nach Canossa»

Eden ist wohl nicht der einzige Außenminister der Geschichte, der nicht sein eigener Herr war, aber einen derartigen Grad von Sabotage seiner Politik hat sich wohl weder vorher noch nachher einer gefallen lassen. Trotzdem hat er den endgültigen Bruch mit Chamberlain lange hinausgezögert, weil er fürchtete, es werde dann noch ärger werden. Durch nichts ließ sich der starrköpfige Chamberlain von einem Pfad abbringen, den ein englischer Diplomat witzig den «Ankauf einer Jahreskarte nach Canossa» nannte. Als Eden Chamberlain einmal sagte, diese Methode wäre Mussolini gegenüber nur richtig, wenn man Vertrauen zu ihm hat, erwiderte Chamberlain mit dem ganzen Mut der Ignoranz: «Ich habe es!» Die Diktatoren seien Stimmungsmenschen, setzte er Eden einmal auseinander, und es komme nur darauf an, sie in der richtigen Stimmung anzugehen, dann könne man alles von ihnen erreichen. Vor 300 Jahren hat der schwedische Staatsmann Oxenstjerna gesagt, die Menschen würden sich wundern, erfahren sie, mit wieviel Dummheit Politik gemacht wird. Seither hat sich nicht allzuviel geändert... Als Chamberlain auf der bedingungslosen Eröffnung von Verhandlungen mit Mussolini bestand, ist Eden im Februar 1938 zurückgetreten und hat das im Unterhaus mit einer mannhaften Erklärung begründet. Damit schließt das trotz aller Trockenheit des Stils

vom Gluthauch des schmerzlichen Erlebens durchwehte Buch. An der britischen Seelenruhe bei der Besetzung Österreichs und an der britischen Hilfe bei der Wegräumung der Hitler im Weg stehenden tschechoslowakischen Demokratie hatte Eden auch formal keinen Anteil mehr.

Generalabrechnung mit der Beschwichtigungspolitik

Wo Eden sein Buch abschließt, setzt die systematische Darstellung eines andern ein, das eine Art Generalabrechnung mit der Beschwichtigungspolitik sein soll und das erste Werk zweier junger Historiker ist, die die Geschehnisse von damals noch nicht aktiv miterlebt haben³. Martin *Gilbert* (geboren 1936) und Richard *Gott* (geboren 1938) haben ein äußerst lesenswertes Buch geschrieben, das eine einzige, wohldokumentierte Anklage gegen die Appeasementpolitik ist. Sie leuchten in manche wenig bekannte Kapitel hinein, zum Beispiel in die geradezu unverständliche Bereitschaft Neville Chamberlains, Hitler auch noch einige Kolonien in den Rachen zu werfen. Aber im Westen ist die Geschichte, die sie in großen Einzelheiten erzählen: die schweigend hingenommene Einnahme Österreichs, die aktive westliche Mitwirkung bei der Liquidierung der Tschechoslowakei und die bis zum letzten Moment bestehende Unsicherheit, ob man über Polen nicht auch wieder kapitulieren werde, schon oft vorher beschrieben worden. Obwohl die Verfasser vor allem die letzten Monate vor Kriegsausbruch mit den ewigen Versuchen der Leisetreter, Hitler wieder zu einem Erfolg zu verhelfen, dramatisch schildern, liegt es in der Natur der Sache, daß sie dem Bild keine entscheidenden neuen Züge hinzufügen können. Aber sie stellen aus privaten Archiven, die sich ihnen öffneten, manche bezeichnende Einzelheit bei. Man wußte zum Beispiel von Bertrand *Russell*, der jetzt als Neunzigjähriger nicht müde wird, über Chruschtschew Illusionen zu verbreiten, daß er 1938/39 einer der verhältnismäßig vereinzelt «Appeaser» auf der politischen Linken war. (Er hat seine damaligen öffentlich gemachten Äußerungen inzwischen als Irrtum bezeichnet.) Doch erst von Gilbert-Gott erfährt man, daß er noch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sagte, die Sowjetregierung sei ärger als Hitlers Regime, «und es wäre ein Unglück, wenn sie bestehen bleibt.»

Die jungen Leute gehen mit erfrischender Unbekümmertheit mit den Schuldigen von 1938/39 ins Gericht. So zitieren sie, was der gegenwärtige konservative Vizepremier R. A. *Butler* Anfang 1938 einem deutschen Diplomaten an Freundlichkeiten sagte. Aber ihr Enthüllungseifer hat merkwür-

³ Martin Gilbert und Richard Gott, *The Appeasers*, London 1943, Verlag Weidenfeld & Nicolson.

dige Schranken. Schon die Beschränkung ihrer Kritik auf die Hitler gegenüber praktizierte Beschwichtigungspolitik hat ihre bedenklichen Seiten. Man kann das Verhalten Chamberlains dem faschistischen Italien gegenüber gegebenenfalls als einen (reichlich naiven) Versuch entschuldigen, die Diktatoren gegeneinander auszuspielen; man kann aber an diesem Aspekt des Problems nicht wortlos vorbeigehen. Manche wichtige Personen bleiben ungenannt, manche gedruckt vorliegende Quellen unbenutzt. Dafür wird uns aber Duncan *Sandys*, gegenwärtig Kolonial- und Commonwealth-Minister, als Feind der Appeasementpolitik vorgestellt. Er hat es nämlich den Autoren selbst gesagt! Nicht gesagt hat er ihnen, daß er im Juli 1936 in der «Europäischen Revue», Stuttgart, die englische Kritik am Dritten Reich und deren Rassenpolitik mit den Worten zurückwies:

«Ich selbst habe immer die Auffassung vertreten, daß es das Recht jedes Landes ist, die Regierungsform selbst zu bestimmen, nach der es regiert zu werden wünscht, und daß die Methoden der inneren Verwaltung eines Landes andere Nationen nichts angehen... Deutschland hat deshalb meines Erachtens allen Grund, diese ungebetene Kritik und ungerechtfertigte Einmischung des Auslands in Dinge, die es mit Recht als seine ureigensten Angelegenheiten betrachtet, übel aufzunehmen... Da diese Entwicklung (Assimilierung der Juden) jedoch in den Jahren nach dem Kriege in Deutschland nun einmal von dem jähen Machtgewinn des Sozialismus mit seinen internationalen Verzweigungen und seinen starken jüdischen Neigungen (!) begleitet war, so erhielt diese Frage plötzlich nicht nur rassische, sondern äußerste politische Bedeutung... Wie die Dinge liegen, scheint man im Ausland nicht zu erkennen..., daß, obwohl die Revolution (Hitlers Machterschwindlung J. W. B.) zur unvergänglichen Ehre des deutschen Volkes mit friedlichen und gesetzmäßigen Mitteln durchgeführt wird, die Notwendigkeit strengster Überwachung durch die Regierung unverändert bestehen bleibt.»

Das sind nur einige Kostproben aus einer längeren Betrachtung Duncan Sandys', die es zuwege brachte, nach der Erlassung der Nürnberger Gesetze sogar die Judenpolitik des Dritten Reiches zu verteidigen. In der gleichen Zeitschrift bescheinigte Sandys im Oktober 1936 Hitlers Aufrüstungspolitik, sie sei mehr als nur die «Frucht kaltblütiger militärischer Berechnung», nein, sie sei

«die äußere Bekundung des glückhaften politischen Überschwangs eines kraftvollen Volkes, das sich ohne fremde Hilfe von dem befreit hat, was es als Fesseln der Ehrlosigkeit empfand. Ist es nicht nur zu verständlich und einfach menschlich, daß das Motorenbrausen der neuen deutschen Luftwaffe, die vom Friedensvertrag verboten war, jedes deutsche Herz

höher schlagen läßt vor patriotischem Stolz? ... Deutschland erklärt, daß es aus Gründen der Selbstverteidigung einer gewaltigen Streitmacht bedarf. Warum sollte der Ausländer an seiner Aufrichtigkeit zweifeln? ... Eine objektive Prüfung der Ziele der deutschen Außenpolitik und der Methode ihrer Verwirklichung sollte eine beruhigende Wirkung auf diejenigen ausüben, die ihre Absichten zu fürchten geneigt sind ... Seine Außenpolitik läuft nicht auf wahllosen Gebietszuwachs hinaus, sondern ist eindeutig nur auf den Schutz und die Sicherung des deutschen Volksbestandes gerichtet.»

Es bestünde kein Anlaß, diese – sagen wir – Fehltritte der Vergessenheit zu entreißen, wenn die Autoren sie in ihre Betrachtung einbezogen hätten. Ebenso überraschend ist, daß sie einfach die landläufige These übernehmen, Sir Robert (später Lord) *Vansittart* sei ein Gegner der Appeasementpolitik oder ein Feind aller deutschen nationalistischen Bestrebungen gewesen.

Vansittart und der Vansittartismus

Vansittart war ein Beamter und Berufsdiplomat, wäre also an sich für die Politik seiner Regierung nicht verantwortlich zu machen. Aber für die sachverständig klingenden Ratschläge, die er ihr gab, ist er verantwortlich. Trotzdem gäbe es keinen zureichenden Grund, ihnen nachzuspüren – Vansittart trat 1941 in den Ruhestand und starb 1957 –, wenn er sich nicht nach seiner Pensionierung in den politischen Kampf gestürzt und eine als «Vansittartismus» bekannte Lehre entwickelt hätte, die, kurz ausgedrückt, besagte, daß die Deutschen alle zusammen, und nicht nur die Nationalsozialisten oder Nationalisten, im weitesten Sinne des Wortes schuldig seien. Gilbert und Gott nehmen nun blind an, daß Vansittart sozusagen immer ein «Vansittartist» gewesen sei. Da hätte er jedoch auf Grund seiner Vertrautheit mit der deutschen Politik seine Regierung warnen müssen! Aber nur eine seiner zahlreichen Unterredungen mit Konrad *Henlein* – sie spielten sich meist ohne Wissen der Prager Regierung ab – wird in dem Buch erwähnt. Der Leser erfährt nichts über Vansittarts Aufzeichnung über die Unterredung mit Henlein, die er am 13. Mai 1938 hatte – sie wurde 1949 veröffentlicht⁴. Henlein, der seinen Nationalsozialismus solange tarnte, als ihm das von Berlin angeordnet worden war, hat, Berliner Weisungen folgend, im April 1938 diese Maske abgeworfen. Trotzdem schrieb Vansittart:

«Ich sagte Konrad Henlein, daß mir nicht entgangen war, daß er neuerdings nicht mehr der gemäßigte Henlein war, den ich in den früheren

⁴ *Documents on British Foreign Policy*, Serie III, Band I, S. 630, London 1949.

Jahren gekannt und geschätzt hatte. Henlein sagte, er sei immer der Apostel der Versöhnung gewesen (und ich beeilte mich, ihm zu versichern, daß ich wisse, dem sei 'so) . . . Er steht tatsächlich unter ziemlichem Druck . . . aber ich behielt den allgemeinen Eindruck, daß ich, wie in den früheren Jahren, mit einem klugen und vernünftigen Menschen sprach. Ich fand Konrad Henlein viel vernünftiger und zugänglicher, als ich zu hoffen gewagt hatte . . . Wir verabschiedeten uns ebenso herzlich wie vorher.»

Vor 1938 waren vielleicht noch Zweifel über den von den deutschen sozialdemokratischen Gegnern Henleins nie verkannten wahren Charakter seiner Bewegung und des Mannes selbst erlaubt, wenn auch vielleicht nicht für einen Diplomaten, der sich zur Beurteilung deutscher Dinge für besonders befähigt hielt. Aber Vansittart hat dieses günstige Urteil über einen Henlein gefällt, der inzwischen öffentlich zugegeben hatte, ein Nationalsozialist zu sein und also die diversen Vansittarts durch Jahre angelogen zu haben! Die Blindheit eines vermeintlichen Durchschauers von Vorwänden wäre weiter nicht belangreich, wenn Vansittart im Krieg durch seine gegen unbestreitbare deutsche Demokraten ausgesprochenen Verdächtigungen nicht soviel zur Vergiftung der Atmosphäre und zur Verwirrung der Begriffe beigetragen hätten.

Keine antikommunistische Verschwörung

Was waren die eigentlichen Beweggründe der Verfechter einer Politik des Zurückweichens vor den Diktatoren? Die beiden Autoren weichen leider einer Erörterung darüber aus, ob und inwieweit das kommunistische Argument stimmt, daß alle britisch-französische Politik bis 1939 bewußt darauf ausging, den deutschen Nationalsozialismus zu fördern, um ihn zu dem Angriff auf die Sowjetunion zu animieren, den Hitler dann tatsächlich 1941 unternommen hat. Danach wären alle Konzessionen nicht Ergebnisse der westlichen Schwäche gewesen, sondern wohlwogene Schritte zur Ermöglichung eines Zieles, das deutschen Nationalsozialisten wie englischen Konservativen gemeinsam war, der Vernichtung des in diesen Jahren einzigen bolschewistischen Regimes. Viele Nichtkommunisten konnten sich damals das Verhalten der Regierung Chamberlain gar nicht anders erklären als mit der Absicht, Hitler von Abenteuern im Westen abzulenken und ihn auf Eroberungsmöglichkeiten im Osten hinzuweisen. Aber in keinem einzigen der ungezählten inzwischen bekanntgewordenen Dokumente aus dieser dunklen Zeit ist diese Annahme bestätigt, auch wenn hie und da ein westlicher Besucher Hitlers, um diesem mit irgend etwas zu schmeicheln, freundliche Worte über die antibolschewistische Aktivität des Nationalsozialismus

sagte. Diese Tatsache kommt auch wieder im Buch von Gilbert und Gott zum Ausdruck, auch wenn sie selbst diese sich aufdrängende Schlußfolgerung nicht ziehen. So verweisen sie darauf, daß dem britischen Botschafter in Berlin im Juli 1938 gesagt wurde, Rußland aus Europa herauszuhalten sei «nicht ein Aspekt der deutschen Politik, den wir zu ermutigen wünschen».

So unwahrscheinlich es klingt, war es doch so, daß überhaupt kein festes Konzept vorlag, wie man durch Nachgeben irgend etwas anderes erzielen könnte als einen momentanen Aufschub eines Sichaufraffens, das dann später nur unter Bedingungen möglich war, die man sich selbst verschlechtert hatte. Die Ausrede der Anwälte der Appeasementpolitik, diese sei eine durch die Umstände erzwungene weise Vorkehrung zum Zeitgewinn gewesen, wird durch die Tatsache Lügen gestraft, daß man die gewonnene Zeit ungenutzt verstreichen ließ, statt sie zur Vorbereitung auf die unausweichliche Auseinandersetzung zu verwenden. (Ironischerweise hat die kommunistische Politik die gleiche Ausrede zur Verteidigung des sowjetischen Freundschaftspaktes mit Hitler vom Jahre 1939 gebraucht, aber die Sowjetunion hat die gewonnene Zeit ebensowenig genützt wie England und Frankreich.) Hätte die Welt damals nicht unter der Unfähigkeit der diversen Chamberlains gelitten, sähe sie heute weit besser aus. Jenen Deutschen freilich, die damals Hitler aktiv unterstützt haben, geht die Legitimation ab, darüber die Nase zu rümpfen, daß man Hitlers Lügen glaubte. So scharf immer das Urteil über die Appeasementpolitiker ausfallen muß – ihre eigentliche Triebfeder war eine durch nichts zu erschütternde Friedensliebe.

Blick in die Zeitschriften

Kirche und Zukunft

Durch das Erscheinen von *Mater et Magistra* und durch die Publizität, die das II. Vatikanische Konzil erlangte, sowie durch das Echo, das Hochhuts Theaterstück «Der Stellvertreter» im deutschen Sprachgebiet hervorrief, rückte die Politik der katholischen Kirche in noch nie dagewesenem Maße ins Blickfeld der breiten Öffentlichkeit. Doch all diese Artikel und Meldungen waren entweder direkte Stellungnahmen des katholischen Klerus oder dann Kommentare zu diesen. Selbständige, unabhängige Stellungnahmen oder Vorschläge zu einer Erneuerung der katholischen Kirche und einer Änderung ihrer Politik aus der Feder von kirchentreuen Laien waren bis anhin selten.